

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN · CHEMIGRAPHEN · STEINLICHT · KUPFER · WACHSTUCH · U. TAPETENDRUCKER · UND VERWANDTEN BERUFE.

### Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

### Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.  
Verlag: Otto Sittler, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, I.  
Druck und Expedition: Conrad Möller, Scheidestr. 1.  
Redaktionsschluss: Sonnabend.

### Insertion.

Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Bekanntmachungen.

### Gesperrrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:

**Barmen.** Blanke, Briefumschlagfabrik.

**Berlin.** Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann

Firma Angerer (für Kupferdrucker).

**Bielefeld.** Gundlach.

**Jena.** Firma Karl Wesser.

**Neu-Ruppin.** Oehmigke & Riemen-

schneider.

Für Chemigraphen:

**Berlin.** Baudouin; Cleppin & Gelder-

mann; Edm. Gaillard; Graphische

Gesellschaft; W. Greve; Grätzmacher;

Paul Schahl, Illustrations-Zentrale;

Tüchdran & Kraushaar.

**Chemnitz.** A. Jälich.  
**Dresden u. Leipzig.** Mejo & Markert.  
**Stuttgart.** Gebr. Rößle.

Im Ausland:

**Belgien:** Brüssel. I. L. Höffert, (Lith.

u. Steindr.).

**Verviers.** (Lith. u. Steindr.).

**Dänemark:** Die Kollegen stehen in

einer Tarifbewegung. Zuzug fern-

halten.

**England:** London Die Firma Lowe &

Brydone, Windmill street Tottenham,

Court Road, London hat mit ihren

Notendruckern Differenzen; Zuzug

fernhalten.

**Holland:** Krommenie. Verwers Firnis-

u. Metalldruckerei.

**Rotterdam.** »Modern«.

**Nord-Amerika:** Vereinigte Staaten

und Kanada.

**Oesterreich:** Agram. Firma Rozan-

kowsky.

**Fiume.** Union Typographia.

**Innsbruck.** Graphische Kunstanstalt

Max Schammler.

**Triest.**

**Schweiz.** Genf. Excoffier.

### Tarifamt für Deutschlands Lichtdrucker.

In das Verzeichnis der tariffreien Anstalten sind die folgenden Firmen nachzutragen:

Graphische Gesellschaft, Berlin.

Artur Broch, Bonn.

Schmitt & Herrmann, Köln a. Rh.

Heiß & Co., Köln a. Rh.

Karl Ebner, Stuttgart.

Gebr. Isenbeck, Wiesbaden.

Mithin haben bis jetzt 64 Firmen den

Tarif anerkannt und in ihren Betrieben

durchgeführt.

Leipzig, den 1. Juni 1908.

Das Tarifamt für Deutschlands Lichtdr.

gez. Gustav Jähig, Prinz.-Vors.

gez. Wilhelm Marré, Geh.-Vors.

### Tarifamt für Deutschlands Chemigr. u. Kupferdr.

In das Verzeichnis der tariffreien

Anstalten sind nachzutragen die Firmen:

Köhler & Lippmann, Braunschweig.

B. G. Teubner, Leipzig.

Kunstdruckerei Künstlerbund Karls-

ruhe, G. m. b. H., Karlsruhe.

Bischof & Höfele München.

Berlin, den 2. Juni 1908.

gez. Georg W. Büxenstein, Prinz.-Vors.

gez. Alb. Hehr, Geh.-Vors.

### Inhalt:

**Hauptblatt:** Bekanntmachungen. — Die Angliederungsbeschlüsse der Formstecher und Photographen. — Rundschau. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung im Jahre 1848. — Kulturbestrebungen — Adressenänderungen. — Briefkasten der Redaktion. — Anzeigen.

**Beilage:** Allgemeines: Die Musterfrage. Erweiterung des Gegenseitigkeitsvertrags. Geschäfts- lage und Arbeitslosigkeit in Dresden. Und nochmals: An die Adresse des Hauptvorstandes. Ortsberichte: Blankenhain, Leitelsheim, Mügeln. — Der Lithograph: Aus den Sektionen: Leipzig — Die phothomech. Fächer: Zur Ueberläuferfrage, III. Münchener Zünftler. — Die Tapetenbranche: Aus den Sektionen: Berlin (Formst.) Feuilleton: Aus dem Tagebuch eines fahrenden Lithographen. Eingänge.

## Die Angliederungsbeschlüsse der Formstecher u. der Photographen.

An den diesjährigen Pfingsttagen haben in Berlin zwei Tagungen stattgefunden, die für unseren Verband und das graphische Gewerbe von großer Bedeutung sind. Es handelt sich um die 5. Generalversammlung des Zentralvereins der Formstecher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands und um die 7. Delegiertenversammlung des Deutschen Photographengehilfen-Verbandes. Beide Verbandstage beschlossen einstimmig den Uebertritt zum Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe unter Uebertragung der endgültigen Entscheidung auf eine Urabstimmung. Ueber die Verhandlungen selbst werden wir später noch eingehender berichten. Heute heben wir nur die Resultate der Beratungen über den wichtigsten Tagesordnungspunkt beider Versammlungen, die Anschlussfrage, hervor.

Der Zentralverein der Formstecher hatte bereits einige Zeit vor der Generalversammlung eine Urabstimmung über die eventuelle Angliederung an unsere Organisation veranstaltet, um die Stimmung unter den Mitgliedern einigermaßen zutreffend einschätzen zu können. Diese erklärten sich mit einer ganz beträchtlichen Mehrheit für den Anschluß. Die Generalversammlung erwog eingehend die Gründe, die für und wider die Vereinigung mit unserem Verbands sprechen. Dabei wurde allgemein betont, daß das Urabstimmungsergebnis noch viel günstiger ausgefallen sein würde und die

Majorität für den Anschluß noch viel größer geworden wäre, wenn all' die zwingenden Gründe, durch die von den verschiedensten Seiten die Notwendigkeit der Angliederung bewiesen wurde, schon vor jener Urabstimmung allgemeiner bekannt gewesen wären. Besonders wurde auch hervorgehoben, daß die Selbstständigkeit der Formstecher in der Entscheidung über ihre speziellen Berufsfragen durch die Bildung einer Zentralkommission und der Branchenfiliatlen (gemeinsam mit den Tapetendruckern), sowie durch die übrigen, zwischen den beiden Zentralvorständen vereinbarten Uebertrittsbedingungen auch nach dem Anschluß weitgehend gewahrt sei. Da aber Bestimmungen für die Verschmelzung mit einem anderen Verband im Statut nicht vorgesehen sind, sondern nur die direkte Auflösung statutarisch geregelt ist, ergänzte man diese Lücke des Statuts zunächst durch folgenden, von Werner Harburg beantragten neuen Absatz zum § 23:

»Die Angliederung des Verbandes an einen anderen Verband kann durch  $\frac{3}{4}$ -Mehrheitsbeschluß einer Generalversammlung oder durch Urabstimmung mit  $\frac{3}{4}$  Majorität der abstimmenden Mitglieder beschlossen werden.«

Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen. Ebenso wurde gegen eine Stimme beschlossen, daß dieser neue Absatz sofort, also vom 9. Juni 1908 an, in Kraft zu treten habe. Hierauf fand folgende Resolution Schubart einstimmige Annahme:

»Die heutige Generalversammlung steht auf dem Standpunkt, daß eine Angliederung unseres Zentralvereins an den Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe (Senefelder-Bund) im Interesse der gesamten Kollegen eine Notwendigkeit ist. Sie verpflichtet daher die Delegierten, überall in ihren Orten für diese Verschmelzung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten, damit bei einer Urabstimmung, die vor dem 1. Oktober d. J. stattzufinden hat, möglichst Einmütigkeit, unter allen Umständen aber eine  $\frac{3}{4}$  Majorität der abstimmenden Kollegen erzielt wird.«

Die letzte Entscheidung werden also die Mitglieder zu fällen haben. Es darf wohl schon jetzt angenommen werden, daß sie, »sobald all' die für den Anschluß sprechenden Gründe all-

gemeiner zur Geltung gebracht worden sind, den einstimmigen Beschluß der Generalversammlung fast ebenso einmütig bestätigen werden.«

Der Photographengehilfen-Verband hatte schon vor seiner Tagung eine rege Ventilierung der Anschlussfrage in seinem Organ herbeigeführt. Diese Diskussion erfuhr auf der Generalversammlung eine eingehende Fortsetzung und Ergänzung. Das Resultat der Aussprache war die einstimmige Annahme der folgenden, von Gutknecht gestellten Resolution:

»Die in Berlin am 7. und 8. Juni 1908 tagende Delegiertenversammlung hält die Angliederung des Photographengehilfen-Verbandes an den Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe, auf Grundlage der in No. 21, Jahrgang 1908 des »Mitarbeiter« abgedruckten Bedingungen, für eine dringende Notwendigkeit.

Die Delegierten übernehmen die Verpflichtung, in ihren Zahlstellen für den Zusammenschluß mit dem Lithographen-Verband zu wirken.

Der Hauptvorstand hat zur Klarstellung der Sache ein aufklärendes Zirkular herauszugeben, an welches sich eine Urabstimmung unter den in den Ortsversammlungen anwesenden Mitgliedern anzuschließen hat. Findet der Anschluß die Zustimmung von mindestens  $\frac{2}{3}$  der abstimmenden Mitglieder, so gilt der Antrag als angenommen und ist in diesem Falle der Hauptvorstand des Photographengehilfen-Verbandes verpflichtet, auf Grundlage der vereinbarten Bedingungen den Anschluß an den Lithographen-Verband zu vollziehen.

Die obenerwähnte Urabstimmung muß bis 1. Oktober 1908 erfolgt sein.«

Gleichzeitig wurde eine Statutenänderung vorgenommen, damit der Angliederung an unseren Verband keine juristischen Schwierigkeiten entgegenstehen. Die Aenderung lautet:

»Die Auflösung des Verbandes oder der Uebertritt zu einem anderen Verband kann nur auf Antrag einer Generalversammlung beschlossen werden.

Die Urabstimmung hat in den vom Verbandsvorstand zu bestimmenden Ortsversammlungen stattzufinden. Es müssen sich mindestens  $\frac{2}{3}$  der abstimmenden Mitglieder für die Auflösung resp. für den Uebertritt aussprechen.«

Wenn auch hier eine rege, aufklärende Wirksamkeit und eine weitgehende Aussprache in den Mitgliedschaften einsetzt, dürfte der Ausfall der Urabstimmung ebensowenig fraglich sein wie im Formstecherverband.

Alles in allem sind die Beschlüsse beider Tagungen, wie schon eingangs erwähnt wurde, für das graphische Gewerbe von großer Bedeutung. Durch die Angliederung wird eine Stärkung der Macht und damit der Stellung und Schlagfertigkeit der gesamten Gehilfschaft gegenüber dem Unternehmertum herbeigeführt. Hauptsächlich werden sich die Segnungen der Anlehnung der verhältnismäßig kleinen Gruppen der Formstecher und Photographen an die großen, schon jetzt in unserem Verbands vereinigten Berufe augenfällig zeigen. Für die Formstecher kommt noch in Betracht, daß die organisierten Tapetendrucker usw., die im Berufsleben bereits in enger Fühlung mit ihnen stehen, und mit ihnen Hand in Hand wirken müssen, schon jetzt zum überwiegenden Teil in unserem Verbands sind. Ebenso gehören uns bereits zahlreiche, in den photomechanischen Fächern tätige Photographen an, sodaß auch die Porträtphotographen nach der Verschmelzung mit ihren Berufskollegen eng vereinigt sind. In letzter Linie sind die Anschlüsse die Anfänge zu einer Konzentration der Kräfte im graphischen Gewerbe überhaupt. Sie bedeuten, wie auf unseren letzten Generalversammlungen mit Recht betont wurde, einen eminenten Fortschritt in unseren Organisationsverhältnissen, und von diesen Gesichtspunkten aus können auch die gegenwärtigen Mitglieder unseres Verbandes die Angliederungsbeschlüsse der beiden befreundeten Organisationen nur aufs wärmste begrüßen.

## Rundschau.

**Ueber unsere Lehrlingsabteilung** entrüstet sich nunmehr auch das Hauptscharfmacherorgan, die »Deutsche Arbeitgeberzeitung«. — was für uns natürlich nur ein neuer Beweis dafür ist, wie der von uns geführte Schlag sitzt, wie wir mit der Gründung in's Schwarze getroffen haben und im übrigen auf dem rechten Wege sind. Das Blatt drückt aus dem »Deutschen Steindruckgewerbe« die Zitate aus No. 1 der »Graph. Jugend« nach und bemerkt dazu: »Es ist klar: hinter all' den schönen Worten und Versprechungen verbirgt sich nichts anderes als der politische Zweck, »klassenbewußte« Genossen heranzubilden, mit denen man bei Gelegenheit den Feldzug gegen die Unternehmer eröffnen kann.« Die niedliche Denunziation mit dem »politischen Zweck« nehmen wir dem Blatt nicht weiter übel. Sie erklärt sich aus dem kolossalen Aergers darüber, daß den Unternehmern die eigenen Pläne, die jungen Leute durch die Pressung in die gelbe Unternehmenschutztruppe zu Gesinnungslumpen und zu Verrätern an ihrer späteren Kollegschaft zu machen, nicht gelungen sind. So unverhohlen sollte man diesen Aergers aber doch nicht zur Schau tragen, das macht nur lächerlich! Uns lacht wirklich das Herz im Leibe beim Lesen der ohnmächtigen Schimpferelen. Sie können uns rein gar nicht beirren, das angefangene Werk mit aller Energie fortzusetzen, die jungen Leute zu tüchtigen, in jedem Zweige ihres Berufes gut ausgebildeten Fachleuten zu erziehen, die sich nach ihrer Auslehre dem Unternehmertum nicht auf Gnade und Ungnade preisgeben brauchen, sondern vereint mit ihren älteren Kollegen zielbewußt ihren Mann bei der Hebung ihrer Lage stehen können.

Das Unternehmertum unseres Gewerbes und die allgemeine Unternehmerzeitung arbeiten natürlich auch sonst in edler Eintracht Hand in Hand. Ein Schutzverbändler, vielleicht auch der Schutzverbandsredakteur des »Deutschen Steindruckgewerbes« selbst, veröffentlicht in No. 20 der »Deutsche Arbeitgeberzeitung« einen langen Entrüstungsartikel über unsere Bemühungen zur Aufklärung des Publikums über das Lehrlingswesen in unserem Beruf. Und derselbe Schutzverbandsredakteur drückt dann in No. 10 seines Blattes den größten Teil der Schwafeleien nach mit dem selbstverständlichen Bemerkens, daß er »diesen Ausführungen nichts zuzufügen« habe. Er beruft sich also schließlich auf sich selbst oder auf einen vollständig gleichgesinnten Unternehmerngenossen als Kronzeugen für die Richtigkeit seiner eigenen Ansichten, wodurch diese natürlich nicht richtiger werden. Sie werden vielleicht gelegentlich noch in einem besonderen Artikel von unserem Standpunkt aus durchleuchtet werden. An dieser Stelle begnügen wir uns mit der Feststellung, daß auch dieser Entrüstungsrummel unserer Gegner zeigt, wie wir auch bei diesem Vorgehen das Richtige getroffen haben. Eine Zustimmung hätte uns böse Kopfschmerzen gemacht.

**Einen glänzenden Sieg** bei den Stadtverordnetenwahlen errang die Karlsruher Arbeiterschaft. Ihre Kandidatenliste siegte mit großer Mehrheit über die Liste aller vereinigten bürgerlichen Parteien. Unter den gewählten 18 Arbeitern befindet sich auch unser Kollege Emil Rothweiler. Wir gratulieren ihm und der ganzen Karlsruher Arbeiterschaft zu dem Erfolge.

**Der Tapeten-Industrie-Aktiengesellschaft** sind nach einem Bericht der »Hamburger Nachrichten« bis jetzt folgende Fabriken beigetreten, die im letzten Jahre einen Umsatz von 6800000 Mark erzielten: Flammersheim & Steinmann, Köln-Zollstock, mit 1763000 Mark, Rheinische Tapeten- und Papierfabriken Engelhardt & Schlegel, Kommanditgesellschaft, Beuel bei Bonn, mit 1607000 Mk., Hannoverische Tapetenfabrik Gebr. Rasch & Co., Bramsche bei Osnabrück, mit 1276000 Mk. und 86 Genußscheinen zu 1000 Mk., Lincrusta, Walton & Co., Hannover-Kleefeld, mit 250000 Mk., Papier- und Tapetenfabrik Bammenthal vormals Scheerer & Diesteln in Bammenthal bei Heidelberg mit 1375000 Mk. und 12 Genußscheinen zu 1000 Mk., Erismann & Co., Breisach i. B., mit 726000 Mk. und Ivena, Tapetenfabrik, Hamburg, mit 3000 Mk.

**Zum Sekretär des Schweizerischen Lithographenbundes**, dessen Anstellung auf der zu Ostern abgehaltenen Delegiertenversammlung beschlossen worden war, wurde am 31. Mai durch die Wahlkommission, der Vertreter von 12 Sektionen angehörten, der bisherige Vorsitzende der schweiz. Bruderorganisation, Kollege Greuteri, einstimmig gewählt.

**Bei den preussischen Landtagswahlen** hatte die Arbeiterschaft einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen. Neben einer starken Stimmenzunahme gelang ihr auch trotz des miserablen Wahlrechts die Eroberung von 7 Mandaten. Wir werden nach den am 16. Juni stattfindenden Abgeordnetenwahlen eingehender auf das Wahlergebnis zu sprechen kommen.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung im Jahre 1848.

Von Franz Laufkötter.

II.

Inzwischen begannen sich die Berliner Arbeiter zu organisieren, indem in den verschiedenen Branchen Vertreter ernannt wurden, die zu einer Deputationsversammlung zusammen traten. Born, der Delegierte der Schriftsetzer, erhielt den Vorsitz und leitete die Versammlung in vorzüglicher Weise, so daß selbst die liberale Presse sich lobend darüber aussprach. Aus der Deputiertenversammlung heraus bildete sich ein Zentralkomitee, das seinerseits wieder einen geschäftsführenden Ausschuß von 5 Personen wählte.

Als die Bourgeoisie sah, daß die Arbeiter ihre eigenen Wege gingen, wurden Versuche gemacht, die unterbrochene Verbindung wieder herzustellen. Von konservativer Seite her trat der bekannte Geheimrat Lettke an die Deputiertenversammlung heran und suchte die Arbeiter zu überreden, die beabsichtigte Organisation im Verein mit den Unternehmern zu bilden. Nach einem Vortrage von Born, worin er den Letteschen Ausführungen, weil sie unpraktisch seien, entgegen trat, wurde der Vorschlag verworfen. Ebenso wenig Glück hatten die im »Politischen Klub« vertretenen radikalen Bourgeois mit ihrem Arbeiterfang. Die von ihnen einberufene »Arbeiterversammlung«, in der bürgerliche Elemente das große Wort führten, wurde von Born und seinen Gesinnungsgenossen einfach unbeachtet gelassen. Auch die Bestrebungen des »Konstitutionellen Klubs« hatten keinen Erfolg. Die neue Arbeiterpartei ging unbeirrt, ohne nach rechts und links zu blicken, ihres Weges weiter. Selbst die extremkommunistischen Agitationen, deren Hauptvertreter damals der 20jährige Fabrikantensohn Adolf Schöffel war, fanden in Arbeiterkreisen wenig Anklang. Der von dem letzteren herausgegebene »Volksfreund«, eine Zeitung, die die kommunistischen Ideen vertrat, hatte nur 150 Abonnenten. Nicht viel besser ging es dem großen Utopisten und Kommunisten Wilhelm Weitling, der nach Berlin kam und dort eine Zeitung »Der Urwähler« herausgab, die jedoch schon nach der fünfnten Nummer wegen Abonnentenmangel eingehen mußte.

Als die Wahlen zum preussischen Landtage und zum Frankfurter Parlamente ausgeschrieben wurden, zögerte die neue Arbeiterpartei keinen Augenblick, sich daran zu beteiligen. Aus taktischen Gründen schloß sie ein Wahlkompromiß mit der radikalen Demokratie und stellte als ihren Vertreter den Vergolder Bisky, Vizepräsidenten des Berliner Zentralkomitees, auf, der dann auch — wenn auch nur als Stellvertreter — in die preussische Kammer gewählt wurde. Dieser geringe Erfolg entmutigte jedoch die Partei nicht, sondern feuerte sie zu neuer Arbeit an. Es wurde jetzt vom 1. Juni an eine dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung, »Das Volk«, herausgegeben, deren Redaktion Born übernahm. Zu gleicher Zeit erließ das Komitee einen **Aufruf an die gesamte Arbeiterbevölkerung Deutschlands zur Gründung fachgewerblicher Vertretungen**, was den Erfolg hatte, daß sich in verschiedenen Städten Arbeitervereine, wenn auch nicht grade nach Born'scher Schablone, bildeten. In Hamburg und Leipzig wurden Zentralkomitees,

nach dem Muster des Berliner, in's Leben gerufen, während anderswo, wie z. B. in Breslau, der zweitgrößten Stadt Preußens, das Fachgewerbliche bei der Bildung der Vereine etwas mehr in den Hintergrund trat. In letzterer Stadt zählte der Arbeiterverein 1200 Mitglieder und hatte sein eigenes Organ, den »Volksspiegel«, an dessen Stelle die Redaktion später die »Fliegenden Blätter« setzte. Es wurden im Verein und seinem Organ sehr radikale Forderungen gestellt und erklärt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes, womit sich die Berliner noch damals zufrieden gaben, durchaus nicht genüge; es müsse vielmehr eine allmähliche Expropriation (Enteignung) der Kapitalisten eingeführt werden; wenn diese nicht freiwillig auf den Besitz ihres Privilegiums verzichten wollten, so müsse ein unarmherziger Krieg gegen die Bourgeoisie, die »Züchter weißer Sklaven«, geführt werden. Auch die konstitutionellen Errungenschaften, wie Preßfreiheit und andere schöne Sachen, nützen dem Proletariat wenig, so lange es am Hungertuche nage. »Gebt dem Volke sein Recht, Bourgeois« schreibt die Zeitung, »schafft die Sklaverei der Arbeit ab, so werdet ihr Ruhe und Frieden haben! Straußt Ihr Euch dagegen, so wird sich der Arbeiter sein Recht nehmen, ob auf gesetzlichem oder ungesetzlichem Wege, das ist durchaus gleichgültig; die Hauptsache ist, daß er Recht bekommt.« Bei einem solchen Standpunkt ist es nicht zu verwundern, daß das Tafeluch zwischen der Bourgeoisie, die sich damals im freisinnigen Liberalismus verkörperte, und der Arbeiterklasse radikal durchschnitten wurde. Dem Liberalismus wird vorgeworfen, »seine innere Hohlheit und Falschheit, seine gekennhafte Gespreiztheit und Vornehmtheit, seine wahrhaft göttliche Unverschämtheit im Ignorieren oder Wegleugnen von Tatsachen, die ihm vor aller Welt ins Gesicht schlagen, sein ekelhaftes Maulheldentum, sein widerliches Kokettieren und Buhlen um die Volksgunst und vor allem seine schamlose Selbstsucht, infolgedessen er das politische Vaterunser der reichen Bürgerklasse ist, die an der Stelle des Herzens den Geldsack trägt und keine anderen Interessen kennt, als die des Kapitals.«

Der Breslauer »Arbeiterverein« hatte den Erfolg, daß seine beiden Kandidaten, der Professor Nees von Esenbeck, der geistige Führer des Vereins, und der Schriftsetzer Brill in die preussische Kammer gewählt wurden.

Mittlerweile regte sich in den in verschiedenen Städten gebildeten Arbeitervereinen der Drang nach Zentralisation. Dieser Drang fand neue Nahrung, als die selbständigen Handwerksmeister sich gleichfalls zu organisieren begannen. Vom 2. bis 6. Juni 1848 fand in Hamburg ein Kongreß von Vertrauensmännern norddeutscher Handwerksmeister statt, an dem sich auch Gesellenvertreter beteiligten. Es kam zwischen beiden Gruppen zu sehr erregten Debatten und die Meister schoben die Gesellen beiseite. Eine etwas entgegenkommendere Haltung nahm der am 18. Juni in Berlin tagende Handwerkerkongreß ein, wogegen der am 15. Juli in Frankfurt am Main stattfindende Kongreß die Gesellenvertreter einfach zurückwies. Die anwesenden Gesellen konstituierten sich auf der Stelle als »Gesellenkongreß«, der später den Namen »Arbeiterkongreß für ganz Deutschland« annahm. Unterm 3. August richtete dieser Kongreß eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung, worin u. a. die **Einführung eines zwölfstündigen Arbeitstages** (inkl. Frühstückes, Mittags- und Vesperpause), **die gesetzliche Festlegung eines Mindestlohnes** und **die Gründung einer großen nationalen Invalidenkasse** gefordert wurden.

Am 23. August wurde in Berlin der erste deutsche Arbeiterkongreß eröffnet, an dem sich außer einigen Frankfurter Delegierten, die drei Zentralkomitees für Arbeiter zu Berlin, Leipzig und Hamburg) und 29 Arbeitervereine durch ihre Vertreter beteiligten. Außerdem waren Zuschriten von neun Vereinen, darunter auch vom Deutschen Klub in Brüssel, eingelaufen. Nicht beteiligt hatten sich Kurhessen, Hessen-Nassau, Braunschweig, Oldenburg und Bremen. Zum Vorsitzenden wählte man den Professor Nees von Esenbeck, zum Stellvertreter Schriftsetzer Born und zum Schriftführer Vergolder Bisky. Der Kongreß währte zehn Tage, bis zum 3. September. Es wurde beschlossen, in jedem Orte Deutschlands sollten die Arbeiter der verschiedenen Gewerke Vertreter in ein Lokalkomitee wählen; aus den Delegierten der letzteren sollte ein Bezirkskomitee gebildet werden und an die Spitze aller dieser Komitees sollte ein Zentralkomitee, mit dem Sitze in Leipzig, treten. Die Aufgaben dieser verschiedenen Komitees waren mannigfaltiger Art und ihre Formulierung zeugt von einer für die damaligen Verhältnisse bewundernswürdigen Umsicht. Sie erstreckten sich auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen und zogen auch Wohnungs-, Erziehungs- und Genossenschaftsfragen in den Bereich ihrer Tätigkeit. Alle diese Aufgaben suchte man auf dem Wege der Selbsthilfe zu erreichen, stellte aber auch gleichzeitig die Forderung auf Unterstützung seitens des Staates; vom Staate verlangte man u. a. Festsetzung der Militärdienstzeit auf ein Jahr, Anerkennung der Arbeiterorganisationen und Gewährleistung des unbeschränkten Koalitionsrechts, Aufhebung des Ehekonsums und Einführung der Freizügigkeit, Beschränkung der Zuchthausarbeit und der Lehrlingszüchterei, Abschaffung der indirekten Steuern, Wahl der Werkführer in Fabriken und Werkstätten durch die Arbeiter, Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages und endlich



Verbot der Kinderarbeit in Fabriken und beim Hausierhandel, in Werkstätten dagegen nur aus erzieherischen Gründen.

Nach Schluß des Kongresses richtete das Zentralkomitee drei Adressen und ein Manifest an die Nationalversammlung in Frankfurt und einen Aufruf »An die deutschen Arbeiter!«, in denen die Forderungen dargelegt wurden, deren Mäßigkeit und Berechtigung man noch ganz besonders hervorhob. Dem neugegründeten Arbeiterbunde, der »Arbeiter-Verbrüderung«, wie der offizielle Titel lautete, traten sofort sämtliche in Berlin vertretenen Vereine bei. Born, der Vorsitzende des Zentralkomitees, siedelte nach Leipzig über und gab dort das wöchentlich zweimal erscheinende Vereinsorgan »Die Verbrüderung«, Korrespondenzblatt aller deutschen Arbeiter, heraus. Nunmehr entfaltete der Bund eine rege Agitation und faßte in vielen Städten Boden, wo er Versammlungen abhielt und Vereine ins Leben rief; auch gründete er Arbeiterbildungsvereine und Unterstützungskassen, wo das Bedürfnis hierfür vorhanden war. Ferner veranlaßte er die Abhaltung von Bezirkskongressen, wie z. B. in Leipzig am 27. September, in Heidelberg am 28. Januar 1849, in Hamburg und Altona am 10. Februar, in Nürnberg am 3. April usw. Als Kuriosum möge noch erwähnt werden, daß auf dem norddeutschen Bezirkskongreß zu Hamburg auch zum ersten Male der Versuch gemacht wurde, Anschluß an die ländlichen Arbeiter zu finden. Es waren nämlich Delegierte von zwei Landgütern erschienen, die die Frage stellten, wie den Landarbeitern zu helfen sei. Der Kongreß beschloß, auch die mecklenburgischen und holsteinischen Landarbeiter zu organisieren; ferner wurde eine Petition in Umlauf gesetzt, die u. a. Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit und die Einführung von ländlichen Arbeitergenossenschaften mit Staatshilfe forderte. Zu gleicher Zeit wurde auch in Schlesien und Ostpreußen eine energische Landagitation betrieben, leider wurden diese Bestrebungen durch die immer mehr anschwellende Oegenrevolution nur zu bald unterdrückt.

An dieser Stelle möge es erlaubt sein, in kurzen Zügen die treibenden Ideen, die in den Köpfen der neuen Arbeiterführer lebten, zu skizzieren: Die soziale Frage ist der Ausdruck eines in der Gesellschaft herrschenden Klassenkampfes, eines Kampfes zwischen den Besitzenden und Besitzlosen. Letztere wollen die Privilegien aufheben, erstere wollen sie aufrecht erhalten. Hiernach ist die ganze Stellung einer Arbeiterpartei bestimmt. Die Herrschaft einer einzelnen Klasse muß beseitigt werden. Deshalb war es sehr richtig, daß das Proletariat am Sarge des Feudalismus und des absoluten Regiments tatkräftig mitgearbeitet hat. Nachdem nunmehr durch die Märzrevolution die Bourgeoisie, die Herrschaft des Geldsacks, ans Ruder gekommen ist, hat das Proletariat diese ebenso energisch zu bekämpfen. Die Mittelschichten, Kleinbürger und Kleinbauern sind in ihren berechtigten Interessen zu unterstützen, im übrigen aber zu einem Zusammenwirken mit der Arbeiterklasse gegen Kapitalismus und Feudalismus zu erziehen. Das einzige Mittel, dem Arbeiter zu helfen und »das Recht auf Arbeit« zu verwirklichen, ist die Assoziation, die Genossenschaft, wodurch die parasitischen Zwischengewächse, die sich vom Mark der Arbeiter nähren, überflüssig gemacht werden.

Auf politischem Gebiete predigt die »Verbrüderung« den entschiedensten Radikalismus, und Republikanismus, sie forderte die Arbeiter auf, gegen die beginnende Oegenrevolution Front zu machen und sich nicht feige unter die Füße treten zu lassen. »Knechtschaft und Elend sind unser Los, wenn die Fürsten, diese Verräter des Volkes, wieder die Oberhand erlangen; unsere bisherigen Vertreter sind Feiglinge, Buttermilchseelen und Ehrgeizige, die sich jede Schmach gefallen lassen... Die Sündflut wird anschwellen, sie wird das Gesindel verschlingen, welches am Mark des Volkes saugt. Der Sturm wird es hinwegfegen. Dann braucht das Volk Führer, die Freude haben am Schaumpitzen des wogenden Meeres, die dem Sturme zuzujuchen. Jetzt gilt es, den Preis zu erringen, den der Kampf um die Freiheit bietet, jetzt gilt es zu predigen den Kampf und die Rache.

### Kulturbestrebungen.

Von E. Rothweiler.

Alle Fortschritte der Arbeiterschaft in jedweder Beziehung, auf allen Gebieten, hängen nicht zu guter Letzt davon ab, welcher Art die Bildung ist, die der Arbeiter in der Jugend schon genießt. Wohl begehren sich Partei und Gewerkschaften überall, das Bildungsbedürfnis in der Arbeiterschaft zu steigern und es, soweit dies möglich ist, auch zu befriedigen.

So anerkennungswert nun auch diese Kulturbestrebungen der Arbeiterorganisationen sind, so läßt sich eben doch nicht verleugnen, daß der Mangel genügender Bildung in der Jugend, verursacht durch die heutige mangelhafte Volksschulbildung, diese Bestrebungen hinsichtlich ihrer Erfolge doch wesentlich beeinträchtigt. Es ist dies auch leicht erklärlich. Das Kapital, in dessen Diensten die Arbeiterschaft gefesselt ist, läßt den einzelnen nicht die Zeit und Muße, um seine Bildung zu vervollkommen. Durch des Tages Last und Mühen bis aufs äußerste angestrengt, ist Geist und Körper abgestumpft und damit unfähig, geistige Nahrung in sich aufzunehmen. Andererseits der Kampf um die Existenz an sich

Die Führung des wirtschaftlichen Kampfes, bedingt durch die kapitalistische Ausbeutungsmethode, bringt es mit sich, daß immer neue Aufgaben an den Arbeiter herantraten, deren Erledigung er seine freie Zeit widmen muß.

Diese Vielseitigkeit unserer heutigen Organisationsbestrebungen, die allerdings im Interesse des Arbeiters unerlässlich sind, lassen den Arbeiter nicht die nötige Zeit finden, um für eine Erweiterung seines Wissens besorgt zu sein. Der Kapitalist findet kurz-sichtigerweise kein Interesse daran, die Bildungsmöglichkeit der Arbeiter zu fördern, denn: der dümmste Arbeiter ist ihm ja der willfährigste, ergo der beste. Der Arbeiter aber will voran, ein heißes Streben nach Wissen besetzt ihn, unablässig drängt es ihn vorwärts, aufwärts dem Lichte, einer besseren Zukunft entgegen!

Wissen ist Macht! Diese Erkenntnis hat sich allenthalben in der Arbeiterschaft Bahn gebrochen! Wollen wir also Einfluß im wirtschaftlichen und im öffentlichen Leben gewinnen, unsere Macht als wirtschaftlicher Faktor steigern, so müssen wir unablässig an der Lösung dieser Bildungsfrage arbeiten.

Wir Arbeiter haben das denkbar größte Interesse daran, aus sozial-politischen, wirtschaftlichen und ökonomischen Gründen. Als Fundament unserer Volksbildung müssen wir die Volksschule betrachten. Obwohl nun die Aufgabe einer Gewerkschaft und eines Gewerkschaftsorgans in der Hauptsache darin bestehen, den wirtschaftlichen Kampf zu propagieren, so kann doch niemals zugegeben werden, daß sich diese Aufgabe auch darin erschöpft. Es ist vielmehr unsere Pflicht, auch solche Erscheinungen im öffentlichen Leben in den Bereich unserer Erörterungen zu ziehen, die uns als Staatsbürger interessieren und einen gewissen, nicht zu verkennenden Einfluß auf unser wirtschaftliches Getriebe ausüben. Den Kollegen soll dadurch begreiflich gemacht werden, welche Stellung sie als Staatsbürger einzunehmen haben und wie ihre Interessen als solche gewahrt werden. Als eine solche Frage von allgemeiner Bedeutung für die Arbeiterschaft ist die Volksschulbildung zu betrachten und es sei daher versucht, die Ausbildung unserer Jugend selbst zum Ausgangspunkt der nachfolgenden Darlegungen zu machen. Sehen wir nun unsere Schulverhältnisse im heutigen Staate an, wie sie sind und wie sie beschaffen sein sollen, um dem allgemeinen Volksinteresse und der Kultur gerecht werden zu können.

Ueber den Wert und die Bedeutung der Volkserziehung ist sich nicht nur die Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft klar, sondern auch die größten Denker der Gegenwart und Vergangenheit haben sich darüber ausgesprochen. So sagte uns einst Leiniz, ein berühmter Philosoph: »Macht mich zum Herrn der Bildung und ich will euch die ganze Welt umgestalten!«

Haben wir also erst einmal die Macht der Bildung in unsere Hände, so können wir getrost sagen, wir werden auch über die Zukunft und im besonderen über unsere Zukunft als Arbeiter, als besitzlose Klasse, verfügen können. Legen wir uns nun einmal die Frage vor: ist denn unsere heutige Volksschulbildung so beschaffen, daß der Arbeiter sich die nötige Bildung, das nötige Wissen, welches er zu seinem Fortkommen bedarf, aus dieser zu schöpfen vermag? Hat Vater Staat in dieser Beziehung seine Aufgabe erfüllt? Mit nichten! Beides ist auf alle Fälle zu verneinen. Wir leben in einem kapitalistischen Staate; seine sämtlichen Organe sind dem Kapitalismus dienstbar in jeder Hinsicht und in jedem Betrachte. Die Geldsacksinteressen machen sich bei Aufrollung der Schulfrage, der Lösung von Bildungsbestrebungen, vielleicht wie bei keiner zweiten Frage bemerkbar.

So wie die Dinge heute liegen, offenbart sich uns die Bildungsmöglichkeit nur als krassestes Objekt eines Verkaufsartikels. Sie unterliegt dem Verkauf zu verschiedenen Preisen, wie jede beliebige Ware. Für höhere Bildung setzt der Vater Staat einen höheren Verkaufspreis fest; für die weniger gute einen entsprechend niedrigen. Hätten wir keinen Klassenstaat, so müßte die Volksschulbildung Allgemeingut sein, an dem alle Glieder des Volkes gleichen Anteil haben. Bei dem jetzigen Zustande ist natürlich nur derjenige in der angenehmen Lage, sich eine gute Bildung zu verschaffen, der über einen großen, wohlgefüllten Geldbeutel verfügt. Der Arbeiter, der nicht zu diesen Glücklichen zu zählen kann, dem bleibt ein großer Teil der Bildungsmöglichkeit verschlossen. Hier dürfte nicht der materielle Besitz, sondern die geistige Individualität müßte die entscheidende Rolle spielen.

Wir sehen heute, wie die besitzende Klasse ihre Kinder, selbst dann, wenn sie noch so minderwertig veranlagt sind, den höheren Bildungsanstalten zuführen. Dadurch erlangen dieselben später, wenn sie einmal in das Erwerbsleben eintreten, Vorteile in sozialer Hinsicht; es ist denselben auf Grund ihrer höheren Schulbildung möglich, wirtschaftlich eine bessere Existenz zu finden als der Minderbemittelte. Es stehen denselben die besten Stellen im Staats- und Gemeindedienst offen — damit verbunden ein erheblich besseres Einkommen als das des Arbeiters — ganz unbeirrt darum, ob ihre Kenntnisse und Fähigkeiten, ihr erworbenes Wissen solche Stellen rechtfertigen oder nicht. Anders bei den Nichtbesitzenden, den Arbeitern. Die Eltern der Proletariatskinder sind nicht in der Lage, die Kosten einer höheren Schulbildung aufzubringen; die Fähigkeiten der Kinder werden aus ihrem Schlummer nicht ge-

weckt, sie verkümmern, können nicht zur Entfaltung gebracht werden. Der Kultur werden somit die besten Kräfte entzogen, die ihr sonst hätten dienstbar gemacht werden können.

In Deutschland, dem typischsten Lande eines Klassenstaates, haben wir für die verschiedensten Gesellschaftsklassen auch verschiedene Schulen. Schon daraus geht hervor, daß von einer eigentlichen Volksschule überhaupt nicht die Rede sein kann. Eine solche würde bedeuten, daß die Kinder sämtlicher Schichten der Bevölkerung wenigstens in den ersten Jahren der Schulzeit eine gemeinsame Lehranstalt besuchen. So aber sehen wir, daß die Volksschule nur eine Lernstätte für die ärmeren Klassen ist. Für eine Reform auf diesem Gebiete spricht jedoch noch ein anderes sehr gewichtiges Moment mit. Wer mehrere Jahre hindurch die Volksschule besucht und mit den Kindern der ärmeren Klassen zusammen die Schulbank gedrückt hat, wird später, wenn er einmal in die Lage kommen sollte, eine Stellung in dem Getriebe unseres Staatswesens zu bekleiden, ein ganz anderes Verständnis diesen Klassen gegenüber entgegenbringen als derjenige, der noch niemals Gelegenheit hatte, in diese Klasse hineinzuschauen, der ihre soziale Lage nicht kennt und nicht zu würdigen weiß. Sehr begreiflich, wenn man bedenkt, daß Leute solcher Art schon von Jugend auf in einem ganz anderen Milieu aufgewachsen sind.

Durch den jetzigen Zustand geht mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit hervor, daß wir nicht nur einen Klassenstaat, sondern auch eine Klassen-schule haben. Gewisse Leute werden nun allerdings dem gegenüber einwenden, daß heute auch selbst dem ärmsten Proletariatskinde die Möglichkeit offen steht, bessere Schulen zu besuchen, ja sogar akademisches Studium zu absolvieren. Muß man dies schon als Ausnahmefälle betrachten, so vergift man doch ganz zu sagen, daß uns als Allgemeinheit damit sehr wenig geholfen ist. Nicht Gnade wollen wir als gleichberechtigte Staatsbürger, sondern ein Recht! Als solche haben wir Arbeiter alle Veranlassung, zu fordern, daß die Bildungsmöglichkeit auf eine gesunde und gerechte Grundlage gestellt wird, wir müssen verlangen, daß auch dem Arbeiter die Möglichkeit geboten wird, eine Bildung zu erlangen, die seinen geistigen Anlagen entspricht.

Wenn wir als Arbeiter und auch als Gewerkschaftler diese Forderung erheben, so zeigen wir, daß wir nicht nur für unsere leiblichen und materiellen, sondern auch für unsere geistigen Interessen besorgt sind und dafür kämpfen. Ja wir müssen die geistigen Interessen in den Vordergrund stellen, um die Befriedigung der ersteren zu forcieren. Die Feinde dieser Forderung der Arbeiterschaft sagen nun auch ganz richtig in Erkenntnis ihres kapitalistischen Interesses: »Das Wissen macht begerlich.« Dies ist ohne Zweifel richtig. Nur stehen wir auf dem Standpunkte, daß die Arbeiter auf diesem Gebiete, wie auch auf manch' anderem, noch lange nicht begerlich genug sind! Eine solche Begehrlichkeit in bezug auf das Bildungswesen ist als ein gesunder Fortschritt zu bezeichnen, denn sie ist für unsere Kulturbestrebungen von größtem Nutzen. Wir denken uns die Grundlage einer das Allgemeinwohl im Auge habenden Erziehungsmethode so, daß der Besuch der Volksschulen ein obligatorischer sein müßte, wie es die sozialdemokratische Partei in ihrem Programm fordert. Sind erst einmal die besser situierten Klassen gezwungen, ihre Kinder in eine Einheitschule zu schicken, so sorgt der Staat als Beschützerin der Geldsacksinteressen schon von selbst dafür, daß eine solche Lehranstalt an sich schon auf ein höheres Niveau gebracht wird. Aehnliche Gründe, wie für die Forderung der obligatorischen Volksschule, sprechen auch für die Einführung der Lern- und Lehrmittelfreiheit und die Unentgeltlichkeit des Unterrichts. Ein Beweis dafür, daß dies keine absurde Forderung ist, ist dadurch gegeben, daß bereits eine Anzahl von Gemeinden diese Einrichtung eingeführt haben. Der Staat hat die Schulpflicht eingeführt und daraus erwächst mit Notwendigkeit die Konsequenz, auch die Lehrmittelfreiheit einzuführen. Für die Ausbildung der oberen Zehntausend legt der Staat sehr viel Geld darauf, warum sollte er nicht auch die Kosten für die Masse der Kinder von Unbemittelten aufbringen? Den Arbeitern wird es oft sehr schwer, wenn sie für 4 oder 5 Kinder bis zu 40 Mk. Schulgeld pro Jahr bezahlen müssen, das Geld für Lehrmittel gar nicht zu rechnen. Und dies alles bei den heutigen unzureichenden Löhnen, bei den gesteigerten Lebensmittelpreisen! Die Summen, die heute für die Bildung der Jugend der arbeitenden Bevölkerung ausgegeben werden, sind auffallend gering gegenüber den Milliarden, die für der Kultur nicht dienliche Zwecke, als Militarismus und dergleichen, aufgewandt werden im Gegensatz zu der kulturellen Bedeutung der ersteren. Für die ca. 10 Millionen Schulkinder deutscher Volksschulen belaufen sich die Ausgaben auf ca. 400 Mill. Mark, wovon die Bundesstaaten 100 Millionen tragen. Die restlichen 300 Millionen fallen den Gemeinden und der Bevölkerung zur Last. Demgegenüber belaufen sich die Ausgaben für Militarismus, Verzinsung der Reichsschuld usw. auf mindestens zwei Milliarden. Ebenso ergibt die Schulstatistik, daß der Aufwand des Staates für die höheren Schulen 4-5 mal so groß ist als für die Volksschulen. Die Ausbildung der Reichen ist also dem Staat 5 mal so viel wert als die Ausbildung der Armen, obgleich sie infolge der indirekten Besteuerung mehr zu den Kosten

beitragen wie jene. Dazu die Mißstände in der Ausbildung an sich: Lehrermangel, überfüllte Klassen!

Daß eine solche Einrichtung, eine Mißwirtschaft sondergleichen, noch verteidigt wird, ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Erziehungsmethode dem Kapitalisten zugute kommt, indem statt geistig hochstehender Menschen geduldige, ausbeutungsfähige Lohnsklaven herangezogen werden.

Weiter ist notwendig, daß der Unterrichtsstoff eine Erweiterung erfährt und in Einklang mit den Ergebnissen der Wissenschaft gebracht wird. Dann ist auch die Volksschulbildung eine solche, daß sie die Bezeichnung »Klassenbildung« nicht mehr verdient.

An diese so umgestaltete Volksschule müßten sich dann die Mittelschulen anschließen, die wieder zur Vorbereitung für die höheren technischen und wissenschaftlichen Bildungsanstalten dienen und die all' denen offen stehen, die vordem eine entsprechende Begabung gezeigt haben.

Zieht man in Betracht, daß der durchschnittliche Lohn eines Arbeiters kaum 1100 Mk. beträgt, so sind die Opfer, die dieselben für die Lehrmittel auszugeben haben, als ganz beträchtlich zu bezeichnen. Da sie aufgebracht werden müssen, ist es nicht verwunderlich, daß die Frau und selbst die Kinder auf Erwerb ausgehen müssen.

Wenn wir als Arbeiter solchem entgegensteuern, verfolgen wir wirklich nationale Interessen. Wir sind damit bestrebt, die Leistungsfähigkeit unserer Industrie zu heben, damit sie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig ist. Wir betreiben damit Arbeiterinteressen, weil der gebildete Arbeiter kein so williges Ausbeutungsobjekt für die Unternehmer mehr ist.

Adressen - Aenderungen.

4. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunfts-erteiler. (S. Graph. Presse No. 13, 15, 20 und 23.) Aschaffenburg: Vors. u. Ausk.-Ert. Hans Härlein, Duccastr. 8 pt.

Kass. und Unterstüz.-Ausz. Oskar Coriand Dahlbergstr. 37 pt. Danzig: Vors. u. Ausk.-Ert. Hugo Zilisch, Engl.-Damm 6 a. Kass. und Unterstüz.-Ausz. Gust. Labudda Wallgasse 22 a. Frankfurt a. M.: Lith. u. Sldr. Vors. u. Ausk.-Ert. Adam Kniedel, Frankfurt a. M.-Bornheim, Wiesenstr. 103. Kass. Unterstüz.-Ausz. u. Arbeitsnachweiser Ernst Müller, Frkfrt. a. M.-Bornheim, Eichwaldstraße 3,1. Frankfurt a. M.: Chemigr. Ausk.-Ert. Conr. Ullheimer, Offenbach a. M., Kraftstr. 17. Frankfurt a. M.: Lichtdr. Ausk.-Ert. H. Zander, Frankfurt a. M.-Bornheim, Grenzstr. 18 a. Holland: Vertrauensmann H. W. Stam, Amsterdam, Toldwarstraat 6,111.

Briefkasten der Redaktion.

I. L., D. Ihr Wunsch konnte nicht berücksichtigt werden. Bitte vergessen Sie bei späteren Zuschriften die Angabe Ihrer Adresse nicht. J. Z., S. Kam für No. 3 der »Gr. J.« zu spät und wird daher in No. 4 erscheinen. 20 Pf. Strafporto bezahlt. Gruß! — A. H., L. Die Redaktion befindet sich in Friedrichshagen bei Berlin, nicht in Schkeuditz.

Der Feiertage wegen erscheint diese Nummer einen Tag später.

Stellengesuche

la. Auto-Aetzer

Spezial. I. Maschinen u. Landschaft sucht baldigst angenehmen Posten, evtl. leitende Stellung.

Tüchtiger Reprod.-Photograph für Auto, Strich, Außen- und Industrielle-Aufnahmen sucht ebenfalls angenehme Stellung, wo ihm evtl. Gelegenheit geboten, sich in Farbaufnahmen auszubilden. Geff. Off. unter Photochemigraph, Dortmund, Hauptpostl.

Stellenangebote

Flotter Negativ-Retuscheur für Lichtdruck per sofort gesucht. A.-B. Grafia Malmö.

Tüchtiger Positiv-Retuscheur für Maschinen zu sofortigem Eintritt für dauernde Stellung gesucht. Illig & Müller, Göppingen.

Tüchtiger flotter Kopierer für Kupfer und Zink, welcher auch firm ist in Photolitho und auf Stein, suchen sofort in dauernde Stellung J. G. Huch & Co., G. m. b. H. Braunschweig.

Reproduktions-Photograph für Lichtdruck, im Naß-Emulsionsverfahren durchaus erfahren, findet Stellung 1,50] A.-B. Grafia, Malmö.

Tücht. Photogr. f. Aut. u. Strich ges. für feinste Maschinen-Retusche; ferner einen tücht. ersten A. Knobloch, Leipzig, Königstr. 7, Fr. B.

Zur Vergrößerung unserer Retusche-Abteilung suchen wir sofort tüchtige für feinste Maschinen-Retusche; ferner einen tücht. ersten Off. mit Zeugnisabschr. u. Gehaltsansprüchen an Brend'amour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.

Graphische Kunstanstalt Münchens sucht gewissenhaft arbeitenden Zeichner od. Schriftlithographen, der besonders in merkantilen Arbeiten, Schriften und technischen Figuren tüchtig sein muß. Ausführliche Angebote mit Gehaltsansprüchen erbeten an Meisenbach Riffarth & Co., München.

Totenliste.

- Am 13. Mai zu Hamburg Gustav Dubois, Sldr. aus Barmen, 50 Jahre alt, an Nervenleiden, krank 5 Tage. — Eingetretten Hamburg, 19. Januar 1908. Am 18. Mai zu Augsburg Rudolf Stocker, Sldr. aus Stadtbergen b. Augsburg, 24. Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 9 Wochen 5 Tage. — Uebergetreten Augsburg, 2. Juli 1905. Am 21. Mai zu Leipzig Karl Thürichen, Chemigr. aus Leipzig, 22 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 35 Wochen. — Uebergetreten Leipzig, 2. Juli 1905. Am 21. Mai zu Dresden Richard Franke, Lichtdr. aus Annaberg i. S., 34 Jahre alt, durch Vergiftung. — Eingetretten Dresden, 15. Januar 1900. Am 22. Mai zu Stuttgart Wilhelm Grünenwald, Steindrucker aus Stuttgart, 21 Jahre alt, an Gehirnleiden, kank 16 Wochen 3 Tage. — Uebergetreten Stuttgart, 2. Juli 1905. Am 27. Mai zu Leipzig Oskar Leonhardt, Nachschneider aus Leipzig, 60 Jahre alt, an Blinddarm-Entzündung, krank 12 Wochen 3 Tage. — Uebergetreten Leipzig, 2. Juli 1905.

Ehre ihrem Andenken!

NB. Zur gefl. Beachtung! Die verstorbenen Mitglieder werden in Zukunft in vorstehender Weise bekannt gegeben, nicht mehr durch einzelne Annoncen. Wir bitten daher räumliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall unter Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit etc. stets sofort Mitteilung zu machen. Der Hauptvorstand.

Verschiedenes

Fabelhaft schnell lackieren, streichen Sie mit einem Anstrich alle Metall-, Holz-, Porzellan- u. Mäscenartikel mit Grubes Pat.-Anstreichmaschine. Grosse Lohnersparnis. Seitliche Lichteffekte. Verlaufszeit spritzend. Wolstaubspritzer, Spiegelspritzer, Korkspritzer, Fußbetriebspritzer, Plüschspritzer, Glasätzter. Leipziger Tangier-Manner, Alexander Grube Leipzig 32, Talstraße 4.



Wollen Sie Ihre prakt. Vorteile erweitern, so kaufen Sie sich den für jeden Kollegen unentbehrlich. praktisch. Umdrucker von Bernhard Enders. Druck u. Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz. Pr.inkl. Porto 80Pf.

Der Zinkdruck als Ersatz für Stein, nach dem Verfahren v. Dr. O. C. Strecker, von Max Seul, Karlsruhe i. B., Sofienstr. 160a. Preis 1 Mk. Prosp. gratis. Arbeitsmethode f. Photochrom u. Rezept f. 10.— Mk. Off. R. Barth, München, Liebigstr. 39.

Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie, Chemigraphie, Lichtdruck und Gravüre zu München (Von der Kgl. bayr. Staatsregierung subvent. Bildungsanstalt) Am 14. September beginnt die Anstalt ein neues Unterrichtsjahr; auf graphischem Gebiet bildet die Anstalt in einem 3-jährigen Lehrgang aus in Lichtdruck und der Heliogravüre. Aufnahme-Bedingungen: 17. Lebensjahr, Volksschulbesuch, mindestens ein Jahr Praxis in einer Reproduktions-Anstalt. Arbeitsproben enthält das Jahrbuch der Anstalt 1908, 160 Seiten mit 9 Tafeln in Gravüre und Lichtdruck, das gegen Einsendung von Mk. 2,30, Ausland Mk. 2,80, zugesandt wird. Interessenten wollen ferner das Anstalt-Statut verlangen, das kostenlos abgegeben wird. München, im Frühj. 1908. Professor Emmerich, Rennbahnstr. 11. Direktor.